

ANTRAG

für die Sitzung der Gemeindevertretung
der Gemeinde Seeheim-Jugenheim

**Drucks.-Nr.: 242/2003/VII 3.
Ergänzung**

Antragstellende Fraktion:	CDU-Fraktion
Datum:	13.01.2005
Anlagen:	@ANL@

Beratungsfolge

Bemerkungen

Haupt- und Finanzausschuß	
Gemeindevertretung	

Betr.: Verträge der Gemeinde Seeheim-Jugenheim
- Antrag der CDU-Fraktion vom 13.01.2005 -

Beschlussvorschlag:

Der Gemeindevorstand wird beauftragt, zu prüfen ob bei dem Vertragsabschluss „Verkauf der Villa Goldschmidt“ ein Verstoß gegen die Hauptsatzung vorliegt. Das Ergebnis ist der Gemeindevertretung mitzuteilen.

Antragsbegründung:

ANTRAG

für die Sitzung der Gemeindevertretung
der Gemeinde Seeheim-Jugenheim

**Drucks.-Nr.: 242/2003/VII 3.
Ergänzung**

Antragstellende Fraktion:	CDU-Fraktion
Datum:	13.01.2005
Anlagen:	@ANL@

Beratungsfolge

Bemerkungen

Haupt- und Finanzausschuß	
Gemeindevertretung	

Betr.: **Verträge der Gemeinde Seeheim-Jugenheim
- Antrag der CDU-Fraktion vom 13.01.2005 -**

Beschlussvorschlag:

Der Gemeindevorstand wird beauftragt, zu prüfen ob bei dem Vertragsabschluss „Verkauf der Villa Goldschmidt“ ein Verstoß gegen die Hauptsatzung vorliegt. Das Ergebnis ist der Gemeindevertretung mitzuteilen.

Antragsbegründung:

ANTRAG

**für die Sitzung der Gemeindevertretung
der Gemeinde Seeheim-Jugenheim**

Drucks.-Nr.: 242-3/2005/VII

Antragstellende Fraktion:	CDU-Fraktion
Datum:	13.01.2005
Anlagen:	

Beratungsfolge

Bemerkungen

Gemeindevertretung	
--------------------	--

Betr.: Verträge der Gemeinde Seeheim-Jugenheim

Beschlussvorschlag:

Der Gemeindevorstand wird beauftragt, zu prüfen ob bei dem Vertragsabschluss „Verkauf der Villa Goldschmidt“ ein Verstoß gegen die Hauptsatzung vorliegt. Das Ergebnis ist der Gemeindevertretung mitzuteilen.

Antragsbegründung:

In der 35. Gemeindevertretersitzung hat Frau Bürgermeisterin Kruza unter Top 4. nicht ausreichend informiert. Deshalb bitten wir um Überprüfung des Vertragsvorgangs auf Einhaltung der Vorgaben der Hauptsatzung.

Nach der Hauptsatzung § 1 (3), (5) und Absatz 4. gilt:

Hauptsatzung § 1 (3):

Die Gemeindevertretung überträgt dem Gemeindevorstand gemäß § 50 Abs. 1 und § 103 Abs. 1 HGO die Entscheidung über folgende Angelegenheiten:

Hauptsatzung § 1 Absatz 4.:

Erwerb, Tausch, Veräußerung und Belastung von Grundstücken sowie die Rückabwicklung von Grundstückskaufverträgen bis zu einem Betrag von 50.000,-- € im Einzelfall

- 2 -

- 2 -

Hauptsatzung § 1 (5):

Der Gemeindevorstand hat die Gemeindevertretung mindestens vierteljährlich über die in soweit gefassten Beschlüsse schriftlich zu unterrichten. Außerdem ist der Gemeindevertretung mindestens vierteljährlich ein Verzeichnis der anhängigen und abgeschlossenen Verfahren vor den Gerichten zu unterbreiten.

Der Kaufpreis betrug lt. Gutachten mehr als 50.000 €. Die Angelegenheit hätte deshalb an die Gemeindevertretung übertragen werden müssen. Dies ist bezüglich der Vertragsfestschreibung nicht passiert. Außerdem wurde die Gemeindevertretung über diese mehrfach kontrovers diskutierte Angelegenheit bisher nicht schriftlich informiert. Deshalb vermutet die CDU-Fraktion, dass der Gemeindevorstand und insbesondere die Bürgermeisterin gegen die Regeln der Hauptsatzung verstoßen hat.

gez.

Bernd Wilhelm

